

Herr Klaus Wowereit

Stefan Thiele

Regierender Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei
Jüdenstr. 1
10178 Berlin

im Namen der Bewohner
Willibald-Alexis-Str.34
10965 Berlin

Öffentlicher Brief

Berlin, den 17.11.2010

Sehr geehrter Herr Wowereit,

Wir wollen uns kurz vorstellen. Wir sind Bewohnerinnen und Bewohner der Willibald-Alexis-Str.34 im Chamisso-Kiez in Kreuzberg. Einige von uns leben schon viele Jahre, andere schon einige oder auch wenige Jahre in unserem Haus. Wir sind alt, jünger und ganz jung, Alleinstehende, WG`s und Familien gemischt und verstehen uns als eine zusammengewachsene Hausgemeinschaft. Wir bestellen uns unsere Kohlen zusammen, plaudern gerne miteinander, es gibt ab und zu ein Hausfrühstück und streiten tun wir halt auch hier und da mal. Wir leben gerne hier in unserem Haus und fühlen uns unserem Kiez sehr verbunden. Darüberhinaus sind wir auch ziemlich sexy und noch arm dazu, sprich wir alle verzeichnen keine allzu hohen Einkommen.

Und wir haben ein großes Problem, genau wie die Bewohner in der Arndtstraße 38, wie die in der Graefestraße 80 und wie viele andere Menschen in unserer Stadt auch. Aber das dürfte in diesen Monaten sich so ziemlich in Berlin rumgesprochen haben: Verdrängung von Menschen raus aus ihren Kiezen durch unverschämte Mieterhöhungen, bewusstem Leerstand von Wohnungen, Knappheit von bezahlbarem Wohnraum, Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Wie kann es sein, dass mit Wohnraum spekuliert werden kann, dass es Hausverwaltungen und Eigentümer nicht mehr nötig haben, ihren Wohnungsbestand instandzuhalten, sie es nicht mehr nötig haben, eine vernünftige Kommunikation mit ihren Mietern zu unterhalten, sie Häuser entmieten können, um dann viel zu teuer in Eigentumswohnungen umzuwandeln?

An all das nehmen wir gerade teil.

Unser Haus wurde, wie viele andere Häuser in den vergangenen Jahren auch, 2004 vom öffentlichen in den privaten Wohnungsmarkt verkauft. Seitdem wurde es nicht mehr unterhalten, selbst die Schornstein- und Ofenwartung erfolgte nicht mehr. Der Bezirksschornsteinfeger und das Bauaufsichtsamt in Kreuzberg haben seit mehr als einem

Jahr von dieser Art der Unterversorgung Kenntnis, zumindest nach unserem Wissensstand erfolgte bis heute nichts. Nicht seitens der jeweiligen Eigentümer, nicht seitens des Bauaufsichtsamtes.

Jetzt haben wir seit zehn Wochen einen neuen Eigentümer, dessen Identität wir gar nicht kennen. Wir haben eine neue Hausverwaltung, die sich nahtlos in die o.g. Umgangsformen einreihet. Wir haben eine vom Eigentümer beauftragte "Mediatorin", die sich mit uns als Hausgemeinschaft nicht treffen möchte, aber an einzelne Mietparteien Informationen streut, dass saniert werden soll, Dachgeschoss, Fahrstühle, Balkone, dass Mieter auch gehen können, mit paar tausend Euro in der Hand, dass mittelfristig Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden.

Ein Architekt springt im Haus herum, auch mal mit Gerüstbauern, andere Geschichten erzählend, ohne dass wir von der Hausverwaltung in Kenntnis gesetzt werden. Diese schickt uns ein Schreiben, dass am folgenden Tag ein Gerüst aufgebaut wird und Baumaßnahmen beginnen. Ein Mietpartei und der Kinderladen im Vorderhaus erhalten Kündigungen, noch nicht ausgebaute Dachgeschosswohnungen und seit längerem leerstehende Wohnungen werden öffentlich zum Verkauf angeboten.

Ach ja, wenn wir selbst unsere Wohnungen kaufen, erhalten wir diese, in einem nicht saniertem Haus, schon zu einem Vorzugspreis von 2400/2700€ pro qm.

Und das in einem ehemaligen Sanierungsgebiet, welches heute nachwievor unter "Milieuschutz" steht. Sind die o.g. Praktiken milieuerhaltende Maßnahmen?

Um nicht mißverstanden zu werden. Wir begrüßen ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Sanierungsmaßnahmen, die Kosten müssen den jeweiligen

Einkommensverhältnissen entsprechend gerecht verteilt werden. Wir begrüßen eine partnerschaftliche Kommunikation der jeweiligen Miet- und Eigentümerparteien. Wir wollen Prozesse fördern, die eine nachbarschaftliche und nette Atmosphäre im Haus, im Kiez, in der Stadt schaffen.

Aber uns gibt es bald nicht mehr im Kiez, denn 250.000 € hat niemand von uns. Und wenn wir die nicht haben, haben wir die Nerven, diesem Druck, den wir augenblicklich erfahren, standzuhalten? Und überhaupt, ist das alles rechtens? Kamine nicht mehr zu reinigen, Kinderläden rauszuschmeißen, langjährige Mietverhältnisse in Frage zu stellen, Wohnungen leer stehenzulassen???

Wir schauen uns um in unserer Stadt, in vielen Vierteln erfahren wir ähnliche Probleme der dort lebenden Menschen.

Ohnmacht, Resignation, aber auch Wut und Unverständnis darüber, dass unsere politischen Rahmenbedingungen, sowohl auf kommunaler, als auch auf bundesweiter Ebene diese Art der Eigentumspolitik anscheinend wohl zulassen. Wer das Geld nicht hat, soll nicht mehr teilhaben, soll gehen, stört in unserem neuen innerstädtischen Bild, in dem nicht mehr das Soziale im Mittelpunkt zu stehen scheint, sondern nur noch das Ökonomische.

Wir geben unsere Stimmen an die demokratischen Parteien ab, damit im Sinne unseres demokratischen Grundverständnisses eine verantwortliche und sozial gerechte Politik gestaltet werden kann und erfahren immer mehr Schieflagen in dieser Gestaltung.

Wie kann es sein, dass es kaum noch bezahlbaren Wohnraum gibt?

Wie kann es sein, dass bei Neuvermietung Mieten grenzenlos erhöht werden können?

Wie kann es sein, dass in Berlin in bestimmten Bezirken Wohnungsknappheit nicht anerkannt wird?

Wie kann es sein, dass es Leerstand von Wohnungen gibt?

Wie kann es sein, dass nichts gegen Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen auf politischer Ebene getan wird?

Wie kann es sein, dass Häuser und Wohnungen über Makler zum Verkauf angeboten werden können, ohne dass die Hausbewohner etwas davon erfahren?

Wann wird der Milieuschutz im Sinne des „Milieus“ tätig?

Wann wird die Landesregierung im Sinne des Milieuschutzes tätig?

Aber wir haben die Hoffnung in unsere Demokratie noch nicht verloren, warum sonst würden wir bei Ihnen vorstellig werden, im Gegenteil, wir möchten Sie mit diesem Bewusstsein ermutigen, an unseren augenblicklichen Sorgen teilhaben zu dürfen.

Im Sinne einer baldigen Antwort

die Bewohnerinnen und Bewohner
der Willibald-Alexis-Str. 34
c/o Stefan Thiele

Kopie an:

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung , Fr. Junge Reyer

Dr. Franz Schulz Bezirksbürgermeister Friedrichshain-Kreuzberg

Fraktionen des Abgeordnetenhaus Berlin: CDU, FDP , SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke

Landesverbände der der o.g. Parteien

Berliner Morgenpost, Tagesspiegel, TAZ, Junge Welt, Neues Deutschland, Berliner Kurier, BZ , RBB Mieterverein, Mietergemeinschaft, Mieterbund Kreuzberger Chronik, Kreuzberger Horn, Kiez und Kneipe, und diverse Andere.